Der Rat für nachhaltige Entwicklung: Fragen der institutionellen Ausgestaltung einer politischen Leitidee

recht-1399-167

Professorin Dr. Ragula Kägi –Diener, Rechtsanwältin, St. Gallen

1. Einleitung

Nach dem Abschluss der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) vom Juni 1992 in Rio de Janeiro übertrug der Bundesrat die Verantwortung für die Ausrichtung und Koordination aller UNCED – Folgearbeiten einem interdepartementalen Ausschuss auf Direktorenebene, dem sog. IDARio. Dieser erarbeitete einen Bericht «Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz», welchen der Bundesrat 1996 zur Kenntnis nahm und der 1997 aktualisiert wurde. Im Sommer 1996 setzte das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) in Übereinstimmung mit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und dem Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) alsdann einen siebenköpfigen «Conseil du développement durable» ein mit dem Auftrag, bis Ende 1996 einen Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten ¹. Dieses projektorientierte Gremium wurde Anfang 1998 «abgelöst» durch den «Rat für nachhaltige Entwicklung» ². Tatsächlich hatte der Conseil de développement durable im Rahmen der Vorschläge für die Umsetzung und Erfolgskontrolle der Verpflichtungen aus dem internationalen Engagement anlässlich der Rio-Konferenz einen solchen Rat gefordert. Der Vorschlag war auch in die Strategie «Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz» eingegangen, mit welcher der Bundesrat gegenüber Parlament und Öffentlichkeit Massnahmen zur Umsetzung der Politik der nachhaltigen Entwicklung vorstellte ³.

2. Zum Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung

2.1 Am Anfang jeder Veränderung steht das Bekenntnis

Geht man von der Theorie von *Max Webers* aus, dass gesellschaftliche Prozesse durch *Ideen* und *Interessen* initiiert werden, lässt sich annehmen, dass gesellschaftliche (und politische) Vorgänge dann ausgelöst werden, wenn ein gesellschaftsrelevantes *Problem wahrgenommen* wird und in der Folge eine *Problemlösungsidee* entwickelt wird und eine geeignete *Interessenkonstellation* entsteht ⁴. Symbolhaftes Handeln oder – rechtlich gesprochen – gesetzgeberische Bekenntnisse zu einem Regelungsbedarf sowie inhaltliche Lösungsvorstellung durch materielle Gesetzgebung

basieren auf wahrgenommenen Problemen und stellen Lösungsideen dar, die je nach Ansatz der verwendeten Strategie traditionellerweise bestimmte Handlungsverpflichtungen (Gebote und Verbote) vorsehen oder geeignete Handlungsanreize (z. B. Subventionen) auslösen. Mit diesen Instrumentarien versucht das Recht, Interessen an einem bestimmten Verhalten zu evozieren oder zu steuern. Mit der dem materiellen Recht zudienenden Behördenorganisation und mit Verfahrensregeln wird Hilfe gestellt für die Verwirklichung, es werden Kontrollen ermöglicht und Defizite oder Erfolge registriert. Dergestalt enthalten gesetzgeberische Bekenntnisse, ausgestattet mit den rechtlichen Folgen, die Chance, ein bestimmtes Verhalten der Rechtsadressaten hervorzurufen und letztlich gesellschaftliche Bedingungen zu verändern.

2.2 Tradition und Neuigkeitsgehalt des Nachhaltigkeitsgedankens

Nachhaltigkeit wird und wurde traditionellerweise im Zusammenhang mit der Bewirtschaf-

recht-1999-168

tung natürlicher Ressourcen verstanden. Die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen ist kein revolutionäres Anliegen für den Gesetzgeber. Bereits im letzten Jahrhundert wurde in der Schweiz unter dem Eindruck einer zunehmend nutzungsintensiven Industriegesellschaft die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zum politischen und rechtlichen Thema. Die Gesetzgebung über die Wasser- und Forstpolizei und zur häuslichen Nutzung der Wasservorkommen ist ein altes Beispiel dieser Sorge. Aufgrund der nach dem Zweiten Weltkrieg eingetretenen Änderung der Industriegesellschaft, die sich von den erneuerbaren Ressourcen (z.B. der Wasserkraft) zunehmend den nichterneuerbaren Ressourcen (v. a. den fossilen Energieträgern) zuwandte ⁵, erwachte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ein neues Bewusstsein von der politischen Brisanz des Verhaltens unserer Gesellschaft gegenüber der Umwelt. Im schweizerischen Staat äusserte sich dieses Bewusstsein dadurch, dass dem Bund damals und seither neue Kompetenzen übertragen wurden, mit denen die Umwelt gegen übermässige Beanspruchung und Zerstörung durch die Industrialisierung, die Bevölkerungszunahme und die gestiegenen Ansprüche der modernen Gesellschaft geschützt werden sollten ⁶. Auch im internationalen Bereich entstand ein Konsens über die zentrale Bedeutung einer intakten Natur und Umwelt für die kontinuierliche, gesicherte Fortentwicklung der menschlichen Gesellschaft, nicht zuletzt veranlasst durch den vom *Club of Rome* ⁷ veranlassten Bericht über die *Grenzen des Wachstums* von *D. Meadows*. Nachdem bereits die UN-Konferenz über die menschliche Umwelt von 1972 in Stockholm in einer Deklaration erkannt hatte, dass eine intakte Umwelt eine empfindliche Grundlage des menschlichen Seins darstellt und als Basis für ein menschenwürdiges Dasein erhalten werden muss ⁸, setzten die Vereinten Nationen in den achtziger Jahren eine *Weltkommission für Umwelt und Entwicklung* ⁹ unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin *Gro Harlem Brundtland* ein. Diese Kommission war beauftragt, ein weltweites Programm des Wandels zu formulieren, das die Verantwortlichen der Welt zum

politischen Handeln für die gemeinsame Zukunft aufrufen sollte. Die Kommission prägte den Begriff der nachhaltigen (oder dauerhaften) Entwicklung (sustainable development), welche dahin geht, dass *die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden sollen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht (mehr) befriedigen können* ¹⁰. Die Arbeiten dieser Kommission, insbesondere der Abschlussbericht «Our common Future» von 1987, wirkten als Katalysator für die weltweite Umweltdebatte. Nach der zweiten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) vom Juni 1992 in Rio de Janeiro ging der Begriff der nachhaltigen Entwicklung endgültig in die politische Diskussion ein.

2.3 Inhalt des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung

Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung besitzt besondere inhaltliche Aspekte, insbesondere eine ausgesprochene Zukunftsorientierung, und seine Ausrichtung wird allgemein dreifach verankert, indem ihm ein wirtschaftliches, ein ökologisches und ein soziales Wirkungsspektrum abver-

recht-1999-169

langt wird. Dergestalt werden in dem Prinzip mehrere Teilprinzipien erkannt ¹¹, insbesondere:

- (1) ein *Integrationsprinzip*, wonach Umweltschutz als integraler Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen ist,
- (2) ein *intergenerationelles Gerechtigkeitsprinzip*, wonach eine langfristige Vorsorgeperspektive gilt und zugleich gegenwärtige Anliegen einbezogen werden müssen,
- (3) ein *Internationalisierungsprinzip*, wonach es um den Schutz der gesamten Welt geht,
- (4) ein *Solidaritätsprinzip*, das sowohl zum weltweiten Transfer von Wissen und Umwelttechnologie als auch, im Sinne der Verhinderung eines zunehmenden Wohlstandsgefälles, zur internationalen Armutsbekämpfung auffordert,
- (5) ein *Nachhaltigkeitsprinzip* im Sinne von Massnahmen zur Erhaltung der Umwelt (vor allem nach dem Vorsorgeprinzip, wie es im Umweltschutzrecht verwirklicht ist) und letztlich
- (6) das Prinzip der *good governance*, wonach nur ein rechtsstaatliches, offenes und demokratisches politisches System fähig ist, das Versprechen einer nachhaltigen Entwicklung einzulösen.

2.4 Verankerung im schweizerischen Recht

Nachhaltig (durable, sustainable) soll die Entwicklung der gesamten Weltgemeinschaft sein. Als Teil dieser Weltgemeinschaft hat auch die schweizerische Gemeinschaft ihre Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Trotz der geringen völkerrechtlichen Verbindlichkeit der in Rio unterzeichneten Dokumente ¹² ist nicht nur ein internationaler Konsens über die Notwendigkeit einer Neuorientierung der rechtlichen Lösungsansätze von Gegenwartsproblemen entstanden, sondern der Grundsatz hat Aufnahme im schweizerischen Recht gefunden. Die am 1.1.2000 in Kraft tretende neue Bundesverfassung (nachstehend BV 2000) nimmt in der Präambel und in der Zweck- und Staatszielbestimmung des Art. 2 ¹³ die Verpflichtung zur nachhaltigen Aussenpolitik ausdrücklich auf: Art. 2 Abs. 4 in Verbindung mit der Präambel der BV 2000 hält den schweizerischen Staat an, sich einzusetzen «für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung», und dies «in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt» und «im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaft und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» ¹⁴. Ferner fordert sie in Art. 2 Abs. 2 den staatlichen Einsatz im innenpolitischen Bereich. Das gilt, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, nicht einfach nur mit Bezug auf Umweltfragen, sondern wesentlich auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Grundlagen ¹⁵, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der kulturellen Basis ¹⁶. Im Zusammenhang mit der ökologischen Verfassungsordnung ist der Nachhaltigkeitsgrundsatz sodann ausdrücklich formuliert in Art. 73 BV2000, der die Überschrift «Nachhaltigkeit» trägt und lautet: «Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an» ¹⁷.

3. Die institutionelle Stärkung der Nachhaltigkeitsidee

3.1 Konkretisierungsbedarf der Nachhaltigkeitsidee

Ob der Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung als eigentliches Staatsziel, als grundlegendes Prinzip einer Neuorientierung rechtlicher Problemlösungsansätze oder sonst als verfassungsmässige Grundentscheidung betrachtet wird, in jedem Fall zielt er darauf hin, die Schaffung, Ergänzung, Interpretation und Anwendung von Rechtsnormen zu beeinflussen. Rechtlich verankert gewinnt das Nachhaltigkeitsprinzip an Trag-

recht-1999-170

fähigkeit und Wirksamkeit gegenüber einem bloss politischen Konsens. Angesichts seiner – notwendigen – Offenheit sind ihm sodann immer wieder neu zu erarbeitende konkrete (operative) Ziele beizugeben. Will das Nachhaltigkeitskonzept seinem Anspruch genügen, effektiv wegweisend zu sein, darf es nicht «quasi als hehres Ziel über der Verfassung (schweben),

sondern es muss Konturen erhalten» 18 . Die rechtsbildende Funktion kann es nur übernehmen, wenn aufgrund der jeweiligen Problemlagen aktualisierte und konkretisierte Gehalte erarbeitet werden und in bestimmten Massnahmen zum Ausdruck kommen. Dies muss im politischen und rechtlichen Alltag angegangen werden. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit, welcher das Recht langfristig integrierend und generationenübergreifend orientieren will, lässt sich insofern mit den abstrakten Grundrechtsgehalten vergleichen, die aufgrund nationaler und internationaler Bekenntnisse individualbezogene Grundentscheidungen und Teile des Staatsziels auf anthropologische Ausrichtung des Rechts sind. Auch sie müssen in Einzelentscheidungen durch eine ständig erneuerte Praxis herausgeschält und konkretisiert werden. Die Nachhaltigkeit muss in diesem Sinne in rechtlichen Verfahren umgesetzt und institutionell begleitet werden. Der Bundesrat hat, wie bereits erwähnt, hierfür einen «Rat» eingesetzt.

3.2 Organisations- und Verfahrensrecht im Dienste des Konkretisierungsanliegens

Die Idee der institutionellen Stärkung einer inhaltlich orientierten Gestaltungsidee, in der politologisch – ökonomischen Terminologie als «Policy-Idee» bezeichnet, ist kein rechtliches Neuland. Es entspricht dem traditionellen juristischen Denkkatalog, nicht nur materielle Grundsätze aufzustellen und wahrgenommene Probleme durch inhaltliche Lösungsansätze einer (demokratisch abgesicherten und politisch reflektierten) Zielsetzung zuzuführen, sondern gleichzeitig auch einen verfahrensrechtlichen Rahmen zu geben und eine spezifisch abgestimmte Behördenorganisation zur Verwirklichung der materiellen Ideen zur Verfügung zu stellen. Etwas besonders erscheint hier, dass nicht auf den traditionellen rechtlichen Institutionenkanon zurückgegriffen wird, sondern ein «Rat für nachhaltige Entwicklung» eingesetzt wird, dessen Kompetenzen und dessen Einbettung in der Behördenorganisation Fragen aufwerfen.

3.3 Funktionen eines Nachhaltigkeitsrats

3.3.1 Zur Idee

Die Idee des Nachhaltigkeitsrates ist früher schon anderweitig aufgenommen worden. Bereits 1994 haben elf namhafte Umweltsachverständige der Rechts – und Wirtschaftswissenschaften aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (zusammengefasst im Arbeitskreis «Europäische Umweltunion») nach «einjährigem Prozess gegenseitiger Abstimmung» einen derartigen Gedanken (für die Europäische Union) vorgestellt 19 . Im Rahmen von neun umweltpolitischen Zielen und Grundsätzen forderte der Arbeitskreis (für die Europäische Union) eine Erweiterung der Entscheidungsstrukturen durch einen unabhängigen «Ökologischen Rat». Dieser sollte an der Gesetzgebung der Union mitwirken und sich beratend an umweltrelevanten Vorhaben beteiligen. Sowohl dessen demokratische Legitimation, seine administrative Einbindung wie seine Wirkungsmöglichkeiten waren in einer Art und Weise skizziert, welche weit über das hinausgeht, was heute dem schweizerischen Nachhaltigkeitsrat zugestanden ist 20 . Auch die Enquete-Kommission «Schutz des Menschen und der Umwelt» des Deutschen Bundestages befasste sich

mit der Idee eingehend und liess eine Studie erarbeiten, welche institutionelle Reformen und insbesondere die Bedeutung eines möglichen «Ökologischen Rates» genauer untersuchte ²¹. Sodann sind in gewissen Kantonen derartige «Räte» diskutiert worden ²².

recht-1999-171

3.3.2 Neue Regeln des Zusammenspiels

Vor allem von politologisch ökonomischer Seite werden Neuerungen in den politisch rechtlichen Instrumentarien verlangt. Sie beurteilt die Möglichkeit, sich langfristig zu orientieren und ganzheitliche Fragestellungen adäquat zu bewältigen, für die tradierten Entscheidungsmechanismen vor allem des Parlamentes skeptisch. Diese Einschätzung berücksichtigt die im Vergleich zu den Zeiträumen des Nachhaltigkeitsdenkens kurzen Wahlperioden, die ein entsprechend kurzfristiges Planungsbewusstsein hervorrufen und eine entsprechend kurzfristig ausgerichtete politische Verantwortung auslösen. Sodann beruht sie auf der Erkenntnis, dass artikulierte Partikularinteressen treibende Faktoren der Politik bilden und deshalb der Umstand, dass die Interessen künftiger Generationen in diesem Interessengefüge schlecht wahrnehmbar sind, zu einer schlechten Berücksichtigung derselben führen. Nachhaltigkeitsräte oder Ökologische Räte sollten aus diesem Grunde advokatorische Funktionen übernehmen und so zu einem generationenübergreifenden Konfliktausgleich beitragen. Sie sollten ausserdem die hektischen politischen Entscheidungsprozesse durch reflexive Elemente ergänzen und neue Denkansätze in sie hineinragen ²³. Die Regeln des Zusammenspiels, die Regeln des politischen Koordinations- und Konkordanzverfahrens sollen insofern neu geschrieben werden.

3.3.3 Bekanntes Instrumentarium?

Der vom Bundesrat eingesetzte «Rat für nachhaltige Entwicklung» ist rechtlich eine sogenannte ausserparlamentarische Kommission. Sie wurde gestützt auf Art. 57 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (RVOG) ²⁴ und auf die Verordnung über ausserparlamentarische Kommissionen sowie Leitungsorgane und Vertretungen des Bundes (Kommissionsverordnung, KommV) ²⁵ eingesetzt. Dabei handelt es sich nicht um ein einzelnes Instrument in der Entscheidungslandschaft des Bundes, vielmehr gibt es insgesamt 76 analoge ausserparlamentarische Kommissionen ²⁶.

Dieses Ergebnis überrascht. Haben wir es hier mithin gar nicht mit einer Innovation, einer neuartigen Erweiterung des Entscheidungsprozesses zu tun, sondern mit einer altbekannten Hilfestellung? Und was muss oder kann daraus für die Wirkung auf die Entscheidungsverfahren und die Inhalte der Entscheide gefolgert werden?

4. Der schweizerische Rat für nachhaltige Entwicklung

4.1 Sachliche Aspekte des Rates für nachhaltige Entwicklung

4.1.1 Gesetzliche Vorgaben

Nach Art. 57 RVOG können der Bundesrat und seine Departemente «Organisationen und Personen, die nicht der Bundesverwaltung angehören» als externe Beraterinnen und Berater beiziehen. Der Bereich, in welchem diese externe Beratung beansprucht werden kann, wird nicht eingeschränkt, so dass die gesetzliche Grundlage eine solche im gesamten Aufgabenbereich von Bundesrat und der Bundesverwaltung ermöglicht. Nach Art. 57 Abs. 2 RVOG hat der Bundesrat für die ausserparlamentarischen Kommissionen, d.h. für Gremien, die für Regierung und Verwaltung öffentliche Aufgaben erfüllen 27, Ausführungsbestimmung zu erlassen, was in der Kommissionsverordnung geschehen ist. Diese unterscheidet einerseits zwischen ständigen Kommissionen und nichtständigen, d.h. Ad-hoc-Kommissionen (Art. 4 KommV), und andererseits zwischen Verwaltungs- und Behördenkommissionen. Behördenkommissionen sind Gremien, denen Entscheidungsbefugnisse zukommen, Verwaltungskommissionen dienen der Vorbereitung von Entscheidungen und der Beratung (Art. 5 KommV).

4.1.2 Der Tätigkeitsbereich des Rates für nachhaltige Entwicklung konkret

a) Der Beschluss des Bundesrates vom 25. Februar 1998 über die Einsetzung des Rates für nachhaltige Entwicklung bezeichnet die Aufga-

recht-1999-172

ben des Rates in dreifacher Weise mit «Beratung», «Weiterentwicklung» und «Würdigung». Entscheidungsbefugnisse werden ihm keine übertragen. Es handelt sich rechtlich um eine Verwaltungskommission, und zwar, da sie weder auf Zeit bestellt noch für ein konkretes Vorhaben bestimmt ist, um eine ständige Verwaltungskommission.

b) Die *Beratung* bezieht sich behördenseits zu nächst auf den Bundesrat und die Departemente und sachlich auf Fragen der nachhaltigen Entwicklung. Sie soll kohärente politische Entscheide fördern, die der wirtschaftlichen Effizienz, der gesellschaftlichen Solidarität und der ökologischen Verträglichkeit den drei Angel punkten nachhaltiger Politik Rechnung tragen. Über die Beratung im Sinne der Überprüfung vorgelegter Anliegen hinaus wird unter dem Stichwort *Weiterentwicklung* vom Nachhaltigkeitsrat erwartet, dass er Vorschläge ausarbeitet, mit welchen der gesellschaftliche Wandel in Richtung der nachhaltigen Entwicklung kontinuierlich gefördert werden kann. Gemäss Ziff. 3 des Einsetzungsbeschlusses hat er ferner die Befugnis, *Anträge* an den Bundesrat zu

stellen, und zwar Anträge auf Einleitung legislatorischer Arbeiten, auf Einleitung organisatorischer Massnahmen, auf Durchführung von Evaluationen und von Aufklärungs- und Informationskampagnen. Entsprechend dem Charakter einer ausserparlamentarischen Kommission sind seine Aktionsbefugnisse ausgerichtet auf Initiativen in den Tätigkeitsfeldern der Verwaltung und der Regierung. Angesichts der breiten Zuständigkeit der schweizerischen Landesregierung mit ihrer Führungsfunktion über die Verwaltung, ihrer Mitwirkung in der Gesetzgebung und ihrer Lenkungsrolle in allen politischen Fragen und angesichts der offenen Umschreibung seines Auftrages kommt dem Nachhaltigkeitsrat ein recht umfangreicher Wirkungskreis zu. Es ist möglich, ihn praktisch in allen rechtlichen und politischen Entscheidungsprozessen in irgendeinem Stadium einzusetzen, und er hat mit dem Antragsrecht auch eine initiierende Befugnis für alle diese Bereiche. Dass es ihm aufgegeben ist, kohärente politische (nicht rechtliche) Entscheide zu fördern, betont seinen Einsatz im eigentlich politischen und dabei auch in rechtspolitischen Angelegenheiten, das heisst in der Gesetzgebung (bzw. ihren Vorstufen). Trotzdem lassen sich Schwächen nicht übersehen, wie nachstehend dargelegt wird.

c) Zunächst fällt auf, dass der Nachhaltigkeitsrat primär zudienende, d.h. interne Funktion hat. Seine beratende Stellungnahme wird als Fachmeinung in Beurteilungsspielräume und Abwägungsprozesse eingefügt, ohne dass dies transparent gemacht werden müsste. Sowohl Bundesrat wie Bundesverwaltung sind an die abgegebenen Beurteilungen nicht gebunden. Rechtlich ist auch nicht festgelegt, dass sie diese überhaupt berücksichtigen müssen. Aus Gründen der Glaubwürdigkeit, ein Element, das letztlich im Vertrauensprinzip von Art. 4 BV rechtlich verankert ist, dürfen allerdings Stellungnahmen des besonders eingesetzten Fachorgans nicht ohne weiteres übergangen werden. Ein effektiveres Mittel stellt das Antragsrecht dar. Zwar sind keine Schutzvorschriften für dieses Antragsrecht ersichtlich, namentlich stehen dem antragsberechtigten Rat keine verfahrensrechtlichen Möglichkeiten zur Verstärkung des Rechts zur Verfügung, d.h., es besteht keine Beschwerdemöglichkeit und die Verletzung des Rechts bedeutet keine Verletzung des rechtlichen Gehörs. Antragsrechte sind aber (früh greifende) *Mitwirkungsrechte* in Entscheidungsprozessen mit anstossender Wirkung. Wird ihnen nicht Folge gegeben, muss dies begründet werden. Das Antragsrecht zwingt auch in einem gewissen Umfang zur Weiterverfolgung des aufgenommenen Gegenstandes und so zumindest dazu, dass sich der Bundesrat damit auseinandersetzt. Trotzdem wäre es wünschbar, dass er vor allem im Gesetzgebungsverfahren noch «nachhaken» könnte, d.h., dass der Rat für nachhaltige Entwicklung noch im parlamentarischen Verfahren vorstellig werden könnte und seine Begutachtung unabhängig vom Antrag des Bundesrates angehört werden müsste ²⁸. Eine faktische «Waffe» dafür, dass die Antragsrechte ernst genommen werden, besteht darin, dass der Nachhaltigkeitsrat selber Öffentlichkeitsarbeit betreiben darf ²⁹. Die Medien können dergestalt Wächterfunktion zugunsten des Nachhaltigkeitsanliegens bzw. des Nachhaltigkeitsrates wahrnehmen.

d) Ein weiteres Problem besteht darin, dass die wenig gefestigte Rolle des Rates für nachhaltige Entwicklung und der weite, abgeleitete Wirkungsbereich eine kohärente Stossrichtung seiner Tätigkeit schwächen oder zumindest und vor allem schlecht wahrnehmbar machen. Es wäre

wünschbar und stellt eine Minimalanforderung für ein effektives Einschalten dar, dass der Rat in gewissen Verfahren mit einer Schlüssel-

recht-1999-173

funktion und in festen Verfahrensabschnitten regelmässig Gelegenheit hat, beratend mitzuwirken. Mit anderen Worten, der Rat muss methodisch eingesetzt werden. Solange er praktisch «nach Lust und Laune» von der Verwaltung bzw. vom Bundesrat konsultiert werden kann, kann er kein bedeutsames Wirkungsspektrum erreichen und sich nicht ausreichend Gehör verschaffen. Es dürfte ihm alsdann nur schwerlich möglich sein, innovative Strategien zu verwirklichen und in bedeutendem Masse Ausgleichsfunktionen wahrzunehmen.

e) Nach den Vorstellungen des Conseil du développement durable, welcher den Nachhaltigkeitsrat im Bund vorschlug, sollte die Einsetzung des Rates die Auflösung der Kontaktgruppe zur Folge haben, welche den IDARio bis dahin unterstützte und die sich aus Mitgliedern der Bundesverwaltung und der nichtstaatlichen Sektoren (Umwelt, Entwicklung, Wirtschaft und Wissenschaft) zusammensetzte. Der Nachhaltigkeitsrat sollte mithin gerade für die verwaltungsinterne Koordination in Nachhaltigkeitsfragen eingesetzt werden, und dort wohl für politische wie für rechtliche Entscheide. Diese Aufgabe ist im Einsetzungsbeschluss ausdrücklich erwähnt, indem festgehalten wird, dass der Rat «falls notwendig» mit anderen Kommissionen und Gremien des Bundes zusammenarbeitet; verwiesen wird u.a. namentlich auf den IDARio, den Rat für Raumordnung und die Beratende Kommission für internationale Entwicklungszusammenarbeit.

f) Der Nachhaltigkeitsrat ist befugt, ausgewählte Aspekte der Bundespolitik im Lichte der nachhaltigen Entwicklung zu würdigen und dar über an den Bundesrat Bericht zu erstatten (Ziff. 2.3 des Einsetzungsbeschlusses). Damit ist es ihm möglich, von sich aus gesamthafte Einsichten in die Bundespolitik aufzuzeigen. Die Mittel, die ihm zur Verwirklichung dieser Befugnis zur Verfügung stehen, sind indessen beschränkt. Der Rat für nachhaltige Entwicklung kann im Rahmen dieser (wie auch der übrigen) Arbeit Direktorinnen und Direktoren ausgewählter Bundesämter zu den Sitzungen einladen und die notwendigen Auskünfte bei der Bundesverwaltung einholen. Ein weiterer Einsatz der Bundesverwaltung ist nicht vorgesehen, so dass er weitgehend auch auf seine eigene Ausstattung angewiesen ist. Diese ist indessen sehr bescheiden. Zwar wird das Sekretariat vom BUWAL geführt und auch finanziert. Das BUWAL trägt ausserdem die Entschädigungen für die Präsidentin und die Taggelder der Mitglieder. Daneben steht dem Rat lediglich ein Budget von Fr. 100000.– zur Verfügung. Ein solcher Betrag ist schnell verbraucht, wenn (wissenschaftliche) Untersuchungen durchgeführt werden sollen, abgesehen von anderen Arbeiten, die aufgenommen werden könnten. Praktisch muss der Rat deshalb Antrag auf Einleitung von Evaluationen oder andere Massnahmen stellen und ist darauf angewiesen, dass der Bundesrat diesen Anträgen stattgibt.

4.2 Persönliche Aspekte des Rates für nachhaltige Entwicklung

4.2.1 Vorgaben

Die Strategie «Nachhaltige Entwicklung Schweiz» verlangte einen «hochkarätigen, unabhängigen Rat», der «sich aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gesellschaft, Organisationen und Wissenschaft zusammensetzt». Die KommV begrenzt die Anzahl der Mitglieder ³⁰ und setzt mit einer Quotierung der vertretenen Geschlechter einen weiteren Rahmen ³¹. Im übrigen sind die Mitglieder nach fachlicher Kompetenz, Fähigkeit zur Zusammenarbeit in Gruppen und zeitlicher Verfügbarkeit auszuwählen ³². Endlich ist ein ausgewogenes Verhältnis zu suchen nach Interessengruppen, Sprachen, Regionen und Altersgruppen ³³. Es werden mithin demokratisch-föderalistische Elemente über die persönliche Zusammensetzung in diese Kommissionen hineingelegt.

4.2.2 Die persönliche Situation des Rates für nachhaltige Entwicklung konkret

Der Bundesrat hat tatsächlich einen hochkarätigen Rat eingesetzt, der bekannte Persönlichkeiten in sich vereint oder doch Vertreter oder Vertreterinnen von wichtigen (ideellen Interessens) Organisationen. Dabei ist die Wissenschaft durch die Präsidentin und durch die Hälfte der übrigen Mitglieder gut vertreten.

Die heterogene Zusammensetzung ermöglicht verschiedene Gedankenzugänge naturwissenschaftliche, rechtliche, politologische, soziologische, aber auch aus der politischen und industriell gewerblichen Praxis, was in diesem unscharfen, gesamtheitlich anzugehenden Problemfeld der Nachhaltigkeit eine Voraussetzung für integrative Betrachtung und einen fruchtba-

recht-1999-174

ren Dialog darstellt, allerdings die Konsensfindung erschwert und verzögern kann. Dieser Nachteil fällt bei beschränkter Zeit und Mittelbudget ins Gewicht. Auch ein hochkarätiger Rat kann nicht einfach aus seinem Erfahrungs- und Wissensfundus schöpfend tragfähige, konzise und operationalisierbare Vorschläge machen, besonders wenn er unterschiedliche Erfahrungshorizonte und Wertungen in sich vereinigt, sondern er braucht gegebenenfalls methodisches Aufarbeiten bestimmter Fragestellungen. Als Ausgleich für diese schwierige Situation wäre ein weit grösserer Ausbau der finanziellen und organisatorischen Mittel wünschbar, worauf wir bereits hingewiesen haben. Möglich wäre auch eine Beschränkung bzw. konzise Umschreibung des Tätigkeitsbereiches. Letzteres könnte jedenfalls für die selbsttätigen Aktionen (d.h. diejenigen, die nicht auf Anfrage der Verwaltung oder des Bundesrates ausgelöst werden) vom Rat für nachhaltige Entwicklung selbst vorgenommen werden. Dass dies angesichts der unterschiedlichen Herkunft der Mitglieder, ihres divergierenden Vorverständnisses und

entsprechend der unterschiedlichen Gewichtung der involvierten Interessen allerdings kein einfaches Unterfangen darstellt, dürfte auf der Hand liegen. Trotzdem stellt dies eine Grundbedingung für das nachhaltig ausgerichtete Arbeiten dar.

5. Würdigung

5.1 Expertokratische Elemente: Wissens und Sensibilitätsergänzung

Externe Beratung kann nach Art. 57 RVOG in rechtlichen oder auch «vorrechtlichen», mehr politischen Entscheidungsverfahren eingeholt werden, um Wissens- und Erfahrungslücken der Verwaltung zu schliessen. Damit wird die inhaltliche Entscheidungsfindung der Verwaltung verbessert. Insofern dient das expertokratische Element der materiellen Wahrheit. Das ist zunächst der wichtigste Zweck aller externen Beratung in verwaltungsrechtlichen und politischen Entscheidungsverfahren von Verwaltung und Regierung. Gleichzeitig können durch den Beizug von Beratungsgremien auch Sensibilitäten einbezogen werden, die einer professionalisierten Verwaltung, die bestimmte rechtliche Ziele verfolgen muss, vielleicht abhandeln gekommen sind. Die selbstreferentielle Problematik der verwaltungsrechtlichen Entscheidungen, d.h., dass Probleme und Lösungen stets nur unter Bezug auf das, was das Rechtssystem definiert, erkannt und gefunden werden können, man sich entsprechend letztlich im Kreise bewegt, wird durch aussenstehende Sichtweisen aufgebrochen. Im Parlament sind solche Sensibilitäten und sach- bzw. (verwaltungs-)rechtsfremde Erfahrungszugänge durch das Milizsystem eingebaut, erlaubt dieses doch, dass Personen aus einem anderen Berufsalltag Entscheidungen fällen. In der Verwaltung herrscht eher eine «Berufsblindheit». Die Funktion, neues Wissen und andere Sensibilitäten einzubringen, kann auch ein beratender Rat für nachhaltige Entwicklung wahrnehmen. Die Effizienz ist aber solange nicht garantiert, als keine Sicherheit besteht, dass die Meinungsäußerungen auch in den Entscheidungen berücksichtigt werden. Und das trifft an sich für den schweizerischen Nachhaltigkeitsrat zu.

5.2 Reflexion und Langfristigkeit des Denkens

Langfristiges Denken ist grundsätzlich schwierig, weil es nicht mit dem persönlichen Erfahrungshorizont der einzelnen übereinstimmt. Erst die kognitive Verarbeitung geschichtlicher Erfahrung und ihre Extrapolation in die künftige Entwicklung ermöglicht längerfristige Denkhorizonte. Soll nicht bloss gefühlsmässig das kurzfristig orientierte Denken abgelehnt werden, braucht es methodisches Vorgehen und tradiertes, weitergegebenes Wissen. Diese Arbeitsbedingungen beherrscht eine Verwaltung in der Regel, insbesondere eine gut ausgerüstete Verwaltung. Sie wirkt diesbezüglich stabilisierend im politischen Prozess. Je sachbezogener die Verwaltung arbeitet, um so geringer ist die Bindung an die kurzfristig orientierte politische Verantwortlichkeit, desto weniger notwendig ist eine zusätzliche Entscheidungshilfe für eine längerfristige Dimension. Es ist deshalb angezeigt, ein reflexives Gremium nicht primär der Verwaltung zuzuordnen, sondern eher der Regierung und dem Parlament. Denn je politischer

die Verfahren sind, um so nötiger ist es, dass von einem besonderen und akzeptierten Organ langfristig orientiertes Denken eingebracht wird. Von dieser Warte her ist der Einbezug des Rates für nachhaltige Entwicklung für *politische* Entscheidungen zweckentsprechend ³⁴. Allerdings wäre es alsdann auch wichtig, dass im eigentlichen politischen Entscheidungsorgan, im Parlament, der Ratschlag des Rates für nachhaltige Entwicklung gehört werden könnte. Das würde die Kurzfristigkeit parlamentarischer Ent-

recht-1999-175

scheidungen verbessern und letztlich die Tragfähigkeit des Nachhaltigkeitsprinzips erst garantieren. Heute ist dies wegen der Filterung der Meinungen und Anträge des Rates für nachhaltige Entwicklung durch die Verwaltung oder die Regierung nur beschränkt möglich.

5.3 Reflexion und integrative Entscheidung

Reflexion dient daneben dazu, einen integrativen Beitrag im Sinne einer gesamthaften Beurteilung zu leisten. Die funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften verursacht Kommunikationsschwierigkeiten der Entscheidungsträger der unterschiedlichen Teilsysteme und damit letztlich unkoordinierte Entscheidungen, die durch im jeweiligen Teilbereich uninteressante Nebenfolgen störend wirken können. Ein beratendes Gremium wie der Nachhaltigkeitsrat mit seiner heterogenen Zusammensetzung kann hier bis zu einem gewissen Mass Impuls einbringen und aufnehmen, das Zusammenspiel verbessern oder Zusammenhänge aufzeigen und in diesem Sinn integrativ wirken. Insofern kann zu einer kohärenten, einer im Hinblick auf den Nachhaltigkeitsgedanken stimmig(er)en Entscheidung beigetragen werden. Die Erwartungen in dieser Hinsicht sind hoch und die Möglichkeiten, ihnen gerecht zu werden, schwach, vor allem angesichts der Komplexität der Entscheidungssituation sowohl in objektiver Hinsicht wie mit Bezug auf die Beteiligten. Da zudem rechtlich nur schwach gesicherte Antragsrechte und in der Regel lediglich unsichere Beratungsrechte bestehen, muss eine integrative Wirkung sehr zurückhaltend beurteilt werden.

5.4 Advokatorische Funktion

Eine advokatorische Funktion wird für neue Institutionen im Hinblick auf das Nachhaltigkeitsprinzip deshalb verlangt, weil Langfristinteressen strukturelle Schwächen aufweisen, vor allem sind künftige Entwicklungen schlecht wahrnehmbar, d.h. bedeuten eine Einschätzung unter Risiko. Sodann sind politische Ressourcen vergleichsweise schlecht mobilisierbar, es sind kaum Individualinteressen damit verbunden, sondern die Politik der Nachhaltigkeit hat in ausgesprochener Weise den Charakter öffentlicher Interessen (in der politologischökonomischen Terminologie sog. Kollektivgutcharakter). Advokatorische Institutionen müssen deshalb das

Thema der nachhaltigen Entwicklung vermehrt verpflichtend und immer wieder in die Diskussion werfen, auf die Traktandenliste der verantwortlichen Entscheidungsträger setzen können.

Diese Funktion geht eindeutig über die Beratung hinaus, wie sie Art. 57 RVOG an sich vorsieht, ist aber aufgrund der Antragsrechte des Rates für nachhaltige Entwicklung, der Befugnis, «Vorschläge für die kontinuierliche Förderung des gesellschaftlichen Wandels in Richtung der nachhaltigen Entwicklung» auszuarbeiten, sowie der Kompetenz, die Bundespolitik (punktuell) auf das Nachhaltigkeitsprinzip hin zu überprüfen und darüber an den Bundesrat Bericht zu erstatten, doch in einem gewissen Umfange möglich. Die reinen Beratungen, die nicht mit rechtlichen Durchsetzungsinstrumenten ³⁵ verbunden werden, können eine solche Funktion nicht erfüllen. Insofern findet sich hier tatsächlich eine Innovation. Dass sie rechtlich schwach gestützt ist und dass die faktischen Mittel ihrer Wahrnehmung (die personelle und finanzielle Ausstattung) sehr beschränkt sind, ist zu bedauern. Solange man aus finanziellen Gründen die Aktivitäten quantitativ beschränken muss, wäre es angezeigt, ausreichende rechtliche Instrumente, d.h. Verbindlichkeit der Vorstösse, vorzusehen.

Insgesamt könnten die Befugnisse des Nachhaltigkeitsrates jedoch gewisse Initiativen auslösen. Insofern kann man der neuen Institution eine Funktion in der Erfüllung des Nachhaltigkeitsprinzips nicht absprechen.

-
- [1] Vgl. dazu *Ernst Basler/Werner Spillmann*, Nachhaltige Entwicklung – was tut die Schweiz? Die politische Umsetzung eines abstrakten Prinzips, NZZ vom 19.9.1997, Nr. 217, S.15. *Ernst Basler* hatte den Vorsitz in diesem Conseil de développement durable, der Anfang 1997 einen Bericht «Nachhaltige Entwicklung, Aktionsplan für die Schweiz» zur Diskussion stellte; vgl. Strategie «Nachhaltige Entwicklung», BBI 1997 III 1045 ff., insbes. 1046
- [2] Beschluss des Bundesrates vom 25. Februar 1998
- [3] BBI 1997 III 1045 ff.
- [4] So *Peter Henning Feindt*, Policy-Lernen und die Institution des Nachhaltigkeitsrats in der Schweiz, in: *Der Nachhaltigkeitsrat im Gespräch*, herausgeg. von *Jürg Minsch, Tobias Schulz* und *Claus Wepler* (im Erscheinen; verwendet wurde das noch unveröffentlichte Manuskript)
- [5] *Claus Wepler*, Europäische Umweltpolitik. Die Umweltunion als Chance für die materielle und institutionelle Weiterentwicklung der europäischen Integration, Diss. SG 1998, Marburg 1999, 37, spricht davon, dass nicht erneuerbare Ressourcen die materielle Basis für das anhaltende quantitative Wachstum der Wirtschaft geworden seien, ein Phänomen, das zum «Synonym für den gesellschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt» wurde.
- [6] Dies betrifft etwa den Umweltschutz, den Natur- und Heimatschutz, die Raumplanung und das Bodenrecht sowie die Energieversorgung. Dabei ist zu sehen, dass angesichts der Ubiquität der Bedrohung alle föderalistischen Ebenen – Bund, Kanton und Gemeinden – zusammenwirken

müssen. Vgl. dazu *Dietrich Schindler*, Schweizerischer und europäischer Föderalismus, ZBI 1992, 196

[7] Beim *Club of Rome* handelt es sich um einen informellen Zusammenschluss von Wirtschaftsführern, Politikern und Wissenschaftlern, der 1968 auf Anregung des italienischen Industriellen Aurelio Peccei gegründet wurde und sich zum Ziele setzte, die Ursachen und Zusammenhänge der Menschheitsprobleme zu erforschen.

[8] «Man has the fundamental right to freedom, equality and adequate conditions of life, in an environment of a quality that permits a life of dignity and well-being, and he bears a solemn responsibility to protect and improve the environment for present and future generations» (Stockholmer Deklaration, UN Document A/Conference 48/14 vom 3.7.1972). – Im Völkerrecht fand das Konzept der Nachhaltigkeit somit in der Stockholmer Deklaration von 1972 Aufnahme. An der Konferenz von Nairobi im Jahre 1982 wurde eine Weltcharta für die Natur geschaffen (Nairobi-Deklaration vom 18. Mai 1982). – Vgl. dazu *Daniel Jositsch*, Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) im Völkerrecht und seine innerstaatliche Umsetzung, in: URP 1997 101 ff

[9] The World Commission of Environment and Development

[10] 1987 veröffentlichte «The World Commission of Environment and Development» unter dem Vorsitz der Norwegerin *Gro Harlem Brundtland* Ihren Bericht «Our Common Future» und legte dort das Konzept eines «sustainable development» vor. Die entsprechende Definition im Bericht lautet: «Sustainable development is development that meets the needs of present without compromising the ability of future generations to meet their own needs», und weiter: «Sustainable development involves more than growth. It requires in all countries as part of a package of measures to maintain the stock of ecological capital, to improve the distribution of income and to reduce the degree of vulnerability to economic crisis». Siehe dazu *Thomas W. Bechtler*, Ökologie – Entwicklung – Demographie, in: Schweizer Monatshefte, 1992/72. Jg. H. 4, 292. – Ein entsprechendes Anliegen verfolgte *Peter Saladin* bereits 1984/85, als er an der Universität Bern eine «Erklärung der Rechte künftiger Generationen» erarbeitete, vgl. *Peter Saladin/Christoph Andreas Zenger*, Rechte künftiger Generationen, Basel 1988, 47

[11] Im folgenden stütze ich mich auf die Darlegung von *Harald Hohmann*, Bedeutung des Prinzips der bestandsfähigen Entwicklung für die Weiterentwicklung des Umweltvölkerrechts – eine Skizze, in: *Lang/Hohmann/Epiney*, Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung, Schweizer Schriften zur Europäischen Integration H. 20, Bern/Zürich 1999, 25–27. Im nationalen Bereich muss man die Aussagen dieser Teilprinzipien zum Teil etwas anpassen

[12] Man spricht meist von einem bloss politischen Konzept bzw. von «soft law», vgl. dazu etwa *Winfried Lang*, Bedeutung des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung für die Entwicklung des Umweltvölkerrechts, in: *Lang/Hohmann/Epiney*, a.a.O. (Fn. 11), 10 ff.; eine stringenter Auffassung vertritt *Eva Kornicker*, *Ius cogens* und Umweltvölkerrecht, Schriftenreihe für Internationales Recht Bd. 78, Basel/Frankfurt a. M. 1997 (Diss. Basel 1997). Rechtlichen Charakter misst dem Nachhaltigkeitsprinzip auch *Harald Hohmann* bei, siehe *Harald Hohmann*, a.a.O. (Fn. 11), 30ff

- [13] Art 2 BV 2000 steht – wie sein Vorgänger – unter der Bezeichnung «Zweck», was die Staatsziele zum Ausdruck bringt
- [14] Vgl. zu den Bemühungen, das Nachhaltigkeitsprinzip in die Verfassung aufzunehmen: *Daniel Jositsch*, a.a.O. (Fn. 8), URP 1997, 119 –121; *Helen Keller*, Umwelt und Verfassung, Eine Darstellung des kantonalen Umweltverfassungsrechts, Zürich 1993, 5 ff.
- [15] Die Verfassung spricht – traditionsgemäss – von «gemeinsamer Wohlfahrt».
- [16] Es werden die Begriffe «innerer Zusammenhalt» und «kulturelle Vielfalt des Landes» verwendet
- [17] Nachhaltigkeitsgrundsätze kennen darüber hinaus verschiedene kantonale Verfassungen, vgl. dazu *Helen Keller*, a.a.O. (Fn. 14), 29 ff
- [18] So *Jositsch*, a.a.O. (Fn. 8), URP 1997, 120
- [19] Konkret beteiligt waren die Professoren *Hans Christoph Binswanger*, Institut für Wirtschaft und Ökologie an der Universität St. Gallen, *Bernd – Christian Funk*, Institut für Öffentliches Recht der Universität Graz, *Peter Häberle*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Kirchenrecht der Universität Bayreuth, *Michael Kloepfer*, Forschungszentrum für Umweltrecht an der Humboldt – Universität zu Berlin, *Jörg Paul Müller*, Seminar für Öffentliches Recht der Universität Bern, *Hans G. Nutzinger*, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Gesamthochschule Kassel, *Peter Pernthaler*, Institut für Föderalismusforschung der Universität Innsbruck, *Eckhard Reh binder*, Fachbereich Rechtswissenschaft, Umweltrecht und Rechtsvergleich der Universität Frankfurt am Main, *Peter Saladin*, Seminar für Öffentliches Recht der Universität Bern, *Stefan Schleicher*, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien und *Heiner Schmidt*, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Wirtschaftsverwaltungsrecht und Umweltrecht der Universität Augsburg
- [20] Siehe GAIA 3(1994) Nr. 1, 2 f. und 11 ff. sowie nachstehend Ziff. 4
- [21] Veröffentlicht in: Jürg Minsch/Peter-Henning Feindt/Hans-Peter Meister/Uwe Schneidewind/Tobias Schulz, Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit, Springer, 1998, insbes. 263ff.; vgl. ferner Schneidewind/Feindt/Meister/Minsch/Schulz/ Tscheulin, Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit: Vom Was zum Wie in der Nachhaltigkeitsdebatte, in: GAIA 6 (1997) Nr. 3, 182 ff
- [22] So etwa im Kanton St. Gallen, vgl. dazu *Regula Kägi–Diener*, Thesen zu einem Rat für nachhaltige Entwicklung: ein Werkstattbericht aus der oikos-Tagung vom 1.–3. Juli 1998 in St. Gallen, AJP7999, 221 ff. - Auch in andern Ländern sind besondere Gremien für das Nachhaltigkeitsanliegen eingesetzt worden.
- [23] Es werden 4 Basisstrategien unterschieden, mit denen ein solcher Rat mehr oder weniger erfolgreich die Entscheidungsprozesse reorganisieren kann: (1) Reflexivitätsstrategien (entspricht im wesentlichen dem Prinzip der Expertokratie), (2) Selbstorganisations- und Partizipationsstrategien (ist im wesentlichen im Demokratieprinzip enthalten), (3) Ausgleichs- und Konfliktstrategien (wird

rechtlich durch das Rechtsstaatsprinzip wahrgenommen) sowie (4) Innovationsstrategien; vgl. *Schneidewind/Feindt/Meister/Minsch/ Schulz/Tscheulin*, a.a.O. (Fn. 21), GAIA 6 (1997) Nr. 3, 184 ff.

[24] [SR 172.010](#)

[25] [SR 172.31](#)

[26] Insgesamt gibt es 206 Kommissionen und Gremien, die der KommV unterstehen, dies gemäss Publikation auf Internet, <http://www.admin.ch/d/cf/ko/statgremien.html>, abgerufen am 18.6.1999. Lediglich drei dieser Kommissionen werden als «Räte» bezeichnet, nämlich der Schweizerische Wissenschaftsrat, der Rat für Raumordnung und der Rat für nachhaltige Entwicklung.

[27] So definiert in Art. 2 Abs. 1 KommV.

[28] Z. B. in den vorberatenden oder in anderen parlamentarischen Kommissionen.

[29] Ziff. 3 Abs. 3 des Einsetzungsbeschlusses lautet: «Der Rat kann Kontakte mit Dritten pflegen, beispielsweise durch die Durchführung von Hearings oder die Information der Öffentlichkeit über seine Arbeiten.»

[30] Gemäss Art. 6 KommV höchstens 20.

[31] Art. 10 KommV verlangt, dass Frauen und Männer mindestens mit je 30 Prozent vertreten sind, längerfristig ist eine paritätische Vertretung anzustreben. Beim Nachhaltigkeitsrat sind 6 von 13 Mitgliedern Frauen, mithin 46% neben 54% Männern.

[32] Art. 8 KommV.

[33] Art. 9 KommV.

[34] Die Beratung bezweckt, wie erwähnt, nach Ziff.2.1. Einsetzungsbeschluss «kohärente politische Entscheide».

[35] Insbes. Beschwerderechten